

Auswüchsen ein „P“ vorsetzen

Rat lässt Handhabe gegen Zweitwohnungs-Ausbreitung prüfen / Einheimische haben auf dem Markt oft das Nachsehen

VON KAI KOPPE

Cuxhaven. Die Ratskooperation (SPD, Grüne und „Die Cuxhavener“) will Verdrängungsprozessen auf dem örtlichen Immobilienmarkt entgegenwirken. Immer mehr Dauerwohnraum werde inzwischen für Zweitwohnzwecke beziehungsweise als Feriendomizil genutzt, warnt die „Koop“, die den Rest des Rates für einen Prüfauftrag gewann: Die Verwaltung muss nun auszuloten, ob für einzelne Stadtteile eine Erhaltungssatzung erlassen werden kann.

Als Hebel gegen besagten Gentrifizierungstrend soll sich Paragraph 172 des Baugesetzbuches erweisen. Letzteres billigt es einer Kommune zu, (bauleitplanerische) Maßnahmen „zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart“ eines Gebiets zu ergreifen. Und nicht nur das: Auch die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung darf gemäß BauGB durch die Gemeinde geschützt werden. Unter „Wohnbevölkerung“ wären im vorliegenden Fall die originären Einwohnerinnen und Einwohner zu verstehen, die im Wettbewerb um halbwegs bezahlbaren Wohnraum zusehends das Nachsehen haben. Das berichten Sozialdemokraten wie die SPD-Ratsfrau Ulla Bergen, die in der jüngsten Sitzung des Stadtparlaments von einem „starken

Gentrifizierung

Der Begriff ist eine Bezeichnung für einen sozial-ökonomischen Strukturwandel. Er wird in der Regel im negativen Sinne gebraucht, nämlich immer dann, wenn ein Viertel



Dass Schlafplätze, lediglich temporär genutzt werden, kommt nicht nur in „erster Reihe“ in Döse vor. Berichten zufolge sprießen zu Ferienwohnzwecken genutzte längst auch in Stadtteilen, in denen man sie nicht unbedingt erwarten würde, aus dem Boden. Foto: Reese-Winne

Anwachs von Zweitwohnungen“ sprach, die zu Ferienwohnzwecken genutzt würden.

Bergen zufolge konzentriert sich diese Entwicklung nicht allein auf Urlauberhochburgen wie Döse oder Duhnen. Betrof-

eine wirtschaftliche Aufwertung zulasten der angestammten Bewohnerschaft erfährt. Letztere wird durch eine andere (meist zahlungskräftigere) Klientel verdrängt.

fen seien sämtliche Stadtteile, wobei Zweitwohnungsnutzung mittlerweile selbst in Straßenzügen zu verzeichnen sei, die (Bergen nannte ein Beispiel aus Süderwisch) nicht den besten Leumund genießen. Die Sozialdemokratin legte dar, dass daraus nicht nur individuelle, sondern auch wirtschaftliche Probleme erwachsen: „Arbeitgeber haben immer mehr Probleme, ihre Beschäftigten auf dem lokalen Wohnungsmarkt unterzubringen“, sagte Bergen, aus deren Sicht es an der Zeit ist, Auswüchsen im Zweitwohnungsbereich

ein „P“ vorzusetzen. „Daher die Bitte an die Verwaltung, die Möglichkeit einer Erhaltungssatzung zu prüfen.“

CDU und „Die Demokraten“ reagieren verhaltener

Teile der Ratsopposition äußerten sich etwas verhaltener, als es um regulierende Maßnahmen ging. „Wir halten nicht so viel von einer Erhaltungssatzung“, bekannte Thiemo Röhler, Vorsitzender der von CDU und „Die Demokraten“ gebildeten Ratsgruppe. Röhler wandte sich ferner gegen den Aufbau von Feindbil-

dern; die Initiative der Mehrheitsträger führte er am vergangenen Donnerstag auf Meldungen über den Verkauf von Wohnungen im Stadtteil Süderwisch (unsere Redaktion berichtete) zurück. Dennoch zeigten sich Union und „Die Demokraten“ einverstanden, der Verwaltung einen Prüfauftrag zu erteilen. Wie es anschließend weitergehen soll, zeichnet der „Koop“-Antrag übrigens ebenfalls vor: Für Gebiete, die für eine Erhaltungssatzung infrage kommen, soll dem Rat ein entsprechender Satzungsbeschluss vorgelegt werden.